

**Freie
Demokraten**

FDP

Ortsverband Glinde

Wir bewegen Glinde

Liberales Programm zur Kommunalwahl 2023

Version: 1.1

Vorbemerkung

„Wir bewegen Glinde“ heißt die Kampagne der Freien Demokraten für die Kommunalwahl am 14. Mai 2023. Sie schließt damit an den Slogan von 2018 „Glinde in Bewegung“ an. Wir haben uns bei vielen Menschen Respekt verschafft, weil wir gezeigt haben, dass wir immer konstruktive Vorschläge machen und eine klare Vorstellung davon haben, wohin sich unsere Stadt entwickeln sollte. In der Sacharbeit sind wir engagiert und beziehen die Menschen vor Ort mit ein. Wir sind zur treibenden Kraft geworden. Wir können auf zahlreiche Erfolge in den vergangenen fünf Jahren zurückblicken:

- Auf unsere Initiative hin ist die **Entwicklung der Innenstadt** wieder ein Thema, die laufenden Expertenanhörungen zum Management dieses Projekts und zur Sicherheit am Marktplatz sind erst der Anfang.
- Mit unserem Zuhör-Stand zum Großprojekt Glinde Nordost haben wir als erste Partei viele Bürgerinnen und Bürger auf dieses Vorhaben aufmerksam gemacht. Die Verwaltung wird durch unseren Fragenkatalog gefordert, diverse offene Punkte zu bearbeiten und **Alternativen zum Großprojekt Nordost** in den Blick zu nehmen.
- Mit unserer Forderung nach einem **Nutzungskonzept für die Suck'sche Kate** haben wir die Debatte gedreht. Erst, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, können wir ein **Millionengrab verhindern**. Wir glauben, damit eine Mehrheit der Gliner Bevölkerung hinter uns zu haben, wie sich an unserem Zuhör-Stand gezeigt hat.
- Durch unser Wirken ist die Diskussion um die richtige personelle Ausstattung der **Freiwilligen Feuerwehr** aus dem Parteienstreit herausgehalten und auf den richtigen Weg gebracht worden.
- Unser einstimmig in der Stadtvertretung angenommene Antrag zur **Straßenreinigung** stellt sicher, dass die Reinigung der Straßen durch Anwohnerinformation und ggf. ein temporäres Parkverbot auch wirklich stattfinden kann.
- Wir haben die **Novellierung der Baumschutzsatzung** durchgesetzt. Ihre Handhabung ist nun für Bürger und Verwaltung erleichtert. Der Beschluss ist geeignet, den jahrelangen Streit um das Thema als Kompromiss zu befrieden.
- Durch permanentes Nachfragen und das Drängen auf klare Zuständigkeiten bringen wir die **Digitalisierung** in Verwaltung und Schule schrittweise voran.
- Unsere Klimaschutzinitiativen waren schneller als das Klimaschutzkonzept der Stadt und werden damit auch mit Priorität umgesetzt, vor allem **Photovoltaikanlagen** auf städtischen Liegenschaften.
- Auf unseren Antrag hin wird nun die **Regenbogenflagge** jährlich zum CSD gehisst.
- Auch **kleinere Verbesserungen** haben wir auf den Weg gebracht, z. B. die Pfandflaschenhalter an öffentlichen Abfallbehältern, eine Übersicht über freie Veranstaltungsräume auf der alten Website und die Hinweisschilder zur Entenfütterung.
- Mit unserem Liberalen Dialog haben wir **einfache Gesprächsformate** zu verschiedenen Themen angeboten: z. B. sozialer Wohnungsbau und städtische Wohngesellschaft, Kita-Reform, Schulfusion sowie unsere oben genannten Zuhör-Stände.

Nicht durchsetzen konnten wir uns bei Sofortmaßnahmen im Radverkehr, bei einer Informationsbroschüre zur Flächenversiegelung, bei einer Finanzmittelerhöhung für die deutsch-französische Freundschaft sowie jüngst bei einem angestrebten Grundsatzbeschluss, den neuen Hebesatz für die **Grundsteuer** aufkommensneutral und unter Vermeidung von Härtefällen festzulegen!

Unser erster Antrag der Wahlperiode ab 2018 wollte die Ausdehnung der Diskussionsrechte von Bürgerinnen und Bürgern während der Sitzungen der Stadtvertretung und der Ausschüsse. Er wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Mittlerweile ist unser Vorschlag aber zur gängigen Praxis geworden: Gäste können sich während der Einwohnerfragestunde zu Wort melden und darum bitten, ihren Beitrag später zum thematisch passenden Tagesordnungspunkt einzubringen. Dieser Bitte wurde bislang immer entsprochen.

1 Stadtentwicklung

Die Auswirkungen der großen Krisen, Kriege und Veränderungen sind auch vor Ort in Glinde spürbar: Leerstände in der Innenstadt nach Corona, Kriegsflüchtlinge, Fach- bzw. Arbeitskräftemangel, Erosion des Ehrenamts durch veränderte Lebensstile und demografischen Wandel, Extremwetterereignisse, Druck auf den Wohnungsmarkt, um nur ein paar zu nennen. Auch auf diese Herausforderungen muss die Stadt insgesamt – als Gemeinwesen, nicht nur als Politik und Verwaltung – Antworten finden.

Es reicht aber nicht, auf die großen Herausforderungen zu reagieren. Wir müssen zusätzlich positiv formulieren, in welche Richtung sich unsere Stadt entwickeln soll. Wir stellen uns für das zukünftige Glinde, die junge Stadt im Grünen, die folgende Richtung vor:

- Qualität vor Quantität: Unsere Stadt – insbesondere die Innenstadt – kann schöner werden. In erster Linie sollte es darum gehen, die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu steigern.
- Mit den mehr als 800 neuen Wohnungen, die aktuell in der Planung für die nächsten Jahre sind, erfüllt Glinde den Bedarf, auch im sozialen Bereich. Ein darüber hinaus gehendes Wachstum, insbesondere durch weitere Neubaugebiete, lehnen wir ab!
- Stattdessen müssen Infrastruktur und städtische Leistungen saniert und modernisiert sowie ggf. ausgebaut werden.
- Bei der Finanzierung kommt der Gewerbesteuer eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb brauchen wir eine Politik, die Wirtschaft und Gewerbe freundlich unterstützt.
- Wir wollen dazu beitragen, dass mehr Menschen sich mit ihrem Gemeinwesen identifizieren und sich einbringen, anstatt Gleichgültigkeit oder eine einseitige Anspruchshaltung zu pflegen.

Diese Richtung sollte auch den Umgang mit Investoren bestimmen. Als Liberale wissen wir, dass jede Investition eine Rendite erwarten muss. Solange das Gesamtvorhaben im Einklang mit den Interessen der Stadt steht, spricht auch nichts dagegen. Somit erwarten wir aber

- von der Stadt, dass sie auch konkret im Einzelfall ihre eigenen Interessen erkennt und vertritt.
- von Investoren und Investorinnen Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft über ihre Pläne. Wer sich nicht kooperativ verhält, schließt sich selbst als Partner für Glinde aus.

1.1 Stadtmitte

Bis Ende 2019 entstand unter Beteiligung von Politik, Verwaltung, Beratungsunternehmen, Vereinen und Bevölkerung ein „städtebaulicher Rahmenplan für die Ortsmitte der Stadt Glinde“. Wir haben diesen seinerzeit überwiegend positiv gewürdigt und stehen immer noch hinter einer sehr weitgehenden Umgestaltung der Stadtmitte. Denn der Stadtmitte – besonders dem Marktplatz – kommt eine besondere Rolle zu. Hier ist der Ort, an dem Menschen zusammenkommen, an dem Händler auf den Wochenmärkten ihre häufig regionalen Waren anbieten. Dieser Bereich wird von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern als verschönerungsfähig angesehen. Es gibt einen weitverbreiteten Wunsch nach Belebung und mehr Ausgeh-Möglichkeiten. Es fehlt ein „High-Light“ und die Fassade der Fußgängerzone ist zu alt. Dabei ist der Vorteil Glindes, überhaupt einen Marktplatz zu haben. Die Nachbarorte verfügen nicht über vergleichbares.

Obwohl die Umgestaltung der Stadtmitte unseres Erachtens das größte und wichtigste Projekt der Stadt sein sollte, erleben wir seit dreieinhalb Jahren keine sichtbaren Fortschritte mehr. Stattdessen werden die ersten Leerstände sichtbar und der allgemeine Anpassungsdruck auf die Innenstädte steigt immer weiter. Aufgrund der Vielzahl von Eigentümerinnen und Eigentümern, Gewerbetreibenden, Arztpraxen oder Privatwohnungen bekommt das Projekt eine ganz eigene Komplexität, die mit den normalen Mitteln der Stadtverwaltung nicht mehr zu handhaben ist. Deshalb sollen die folgenden Maßnahmen das Vorhaben beschleunigen:

- Das Projekt benötigt ein professionelles Management, das die Interessen der Stadt vertritt sowie Kommunikation und Partizipation sicherstellt.
 - Beispiel 1: Es muss mit Eigentümerinnen und Eigentümern über konkrete Investitionen oder Verkauf gesprochen werden.

- Beispiel 2: Wir brauchen mehr Gastronomie am Markt. Welche Mieter und Vermieter sich dort aber zusammenfinden, ist zunächst einmal Sache der Vertragsfreiheit. Hier muss also aktiv geworben, gefunden, ermutigt werden, damit das gewünschte Ziel erreicht wird.
- Beispiel 3: Welche weiteren Fachgeschäfte (z. B. im Bereich Sport) benötigen wir? Ziel muss die Anhebung des Niveaus sein.
- Die Projektorganisation soll sicherstellen, dass alle betroffenen Gruppen repräsentiert sind und deren Input verarbeitet werden kann.
- Zu Beginn sollte ein Ideenwettbewerb erfolgen, in dem die Ansätze des Rahmenplans konkretisiert werden. Visualisierungen sollen helfen, die Ergebnisse zu veranschaulichen.
- Das Projekt benötigt eine Phasenplanung gemäß der in Angriff zu nehmenden Bauabschnitte. Die Planung muss kommuniziert und diskutiert werden. Bei neuen Erkenntnissen oder Änderungen der Rahmenbedingungen ist sie anzupassen, solange es in früheren Projektphasen noch möglich ist.
- In regelmäßigen Abständen sollen die Fortschritte in einer Einwohnerversammlung vorgestellt und diskutiert werden.
- Die Entwicklung sollte ein paar Grundsätzen folgen, z. B.: Stärkung des städtischen Charakters, keine weitere Veräußerung öffentlicher Flächen, Schaffung von mehr öffentlichen Räumen, mindestens Erhalt, besser Ausbau der Stellplätze für den Individualverkehr.

1.2 Wirtschaft und Gewerbe

Glinde hat ungefähr 1.300 Gewerbebetriebe. Insbesondere die kleineren und mittleren von ihnen sehen sich insbesondere nach Corona allen Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung gegenüber: Regionale Anbieter auf dem Wochenmarkt bekommen verstärkt ausländische Konkurrenz, Händler konkurrieren gegen Amazon, Ladengeschäfte leiden teilweise unter Belästigungen und fremdem Abfall. Das Interesse des örtlichen Gewerbes an einer Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes der (Laden)Passage ist groß.

2022 hat das Vabali spa Hamburg in unserer Stadt eröffnet. Sowohl als Arbeitgeber für über 200 Arbeitsplätze für verschiedene Qualifikationen als auch attraktiv gestalteter "Leuchtturm" mit Strahlkraft bereits auch ins europäische Ausland begrüßen wir diese Hotel- und Wellness Anlage herzlich in Glinde und in der Gemeinschaft unserer Glinder Unternehmen.

Die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe sind auch in Glinde das Rückgrat der örtlichen Wirtschaft. Durch ihren Unternehmergeist und ihre Bedeutung für das Gemeinwesen liegen sie Liberalen besonders am Herzen. Für ihre Weiterentwicklung machen wir folgende Vorschläge:

- Glinde muss sich eine Art „Markenkern“ erarbeiten, damit es ein positives Image bekommt. Dafür müssen alle Akteure an einen Tisch gebracht werden und den gemeinsamen Nutzen erkennen. Dieser Markenkern könnte sich an den bestehenden Glinder „Leuchttürmen“ Golfplatz und Vabali orientieren und die Themen Sport und Wellness besonders herausstellen.
- Das örtliche Gewerbe benötigt in der Verwaltung eine Ansprechstelle, die auch ein offenes Ohr für Anregungen und Kritik hat. Langfristig kann diese Stelle aus dem o. g. Management der Innenstadtentwicklung hervorgehen.
- Wir unterstützen Bestrebungen, eine Einrichtung der Berufsausbildung im Mittelzentrum anzusiedeln, am liebsten in Glinde.
- Für Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen kommt den umliegenden Gewerbegebieten ebenfalls eine große Bedeutung zu. Wir sollten offen prüfen, ob auf der Fläche nördlich des TSV-Geländes ein weiteres Gewerbegebiet möglich ist. Denkbar wäre beispielsweise ein Rechenzentrum, das gleichzeitig Fernwärme produziert.

1.3 Sicherheit

Insbesondere am und um den Marktplatz sind mehr und mehr Anwohnerinnen und Anwohner und Gewerbetreibende besorgt um Schwächere. Bürgerberichten zufolge nimmt unangemessenes Verhalten von Gruppen in den Abend- und Nachtstunden zu. Auch Alkoholeinfluss scheint hierbei eine Rolle zu spielen. Korrigierendes Eingreifen von Passantinnen und Passanten wird teilweise mit Einschüchterungsversuchen begegnet.

Diesen Beobachtungen ist Aufmerksamkeit zu schenken, auch wenn Glinde polizeistatistisch nicht besonders auffällig ist. Es besteht zur Panik keine Veranlassung, dennoch sehen wir Handlungsbedarf nach dem Prinzip "wehret den Anfängen". Die Forderung nach mehr Polizeipräsenz ist weit verbreitet und wird auch von uns unterstützt. Allerdings muss man realistisch eher eine Abnahme dieser Präsenz fürchten. Die Polizei untersteht ausschließlich der Landeskompetenz und die geplante Wiedereinrichtung einer Polizeistation in Oststeinbek wird personell eher auf Kosten Glindes gehen. Schon jetzt berichten Betroffene teilweise von Fällen, dass die alarmierte Polizei zu spät oder auch gar nicht erscheint. Solche Vorfälle gehen dann auch nicht in die Statistik ein. Deshalb sollte Glinde das Folgende veranlassen:

- Aufsuchende Sozialarbeit in den Abend- und Nachtstunden. Die ausgeschriebene Streetworking-Stelle muss besetzt werden.
- Dieses Aufsuchen muss unterstützt werden durch eine uniformierte Begleitung durch das Ordnungsamt, um im Hintergrund Autorität anzudeuten. Ggf. muss die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes erwogen werden.
- Ein Alkoholverbot in den Abend- und Nachtstunden muss konsequent durchsetzbar sein und darf die ordentliche Gastronomie, Stände und ihre Gäste nicht beeinträchtigen.
- Die Attraktivität des Jugendzentrums am Schulzentrum muss gesteigert werden. Dies kann nur im Dialog mit den Zielgruppen stattfinden.

2 Infrastruktur

2.1 Mobilität und Verkehr

Ca. 5.000 Glinerinnen und Gliner pendeln zur Arbeit heraus aus der Stadt, das ist mehr als die Hälfte der in Glinde wohnenden Erwerbsbevölkerung. Den Auspendlern fahren mittlerweile genauso viele Einpendler entgegen. Diese starke Verflechtung mit Hamburg und dem Umland führt zu den starken Verkehrsströmen, die die Straßen abnutzen und die Parkplätze füllen. In der Stadt existiert ein Bahngleis, das bis nach Hamburg Tiefstack verläuft. So stellt sich vielen die Frage, ob diese Infrastruktur ggf. für den Personenverkehr nutzbar gemacht werden kann. Zum Thema Verkehr herrscht Stillstand – auch gedanklich. Die verworfene U-Bahnkonzeption ist Jahrzehnte alt und eine Umgehungsstraße südlich von Oststeinbek müsste am Golf-Gut vorbei. Hier müssen neue Ideen entwickelt werden – auch im Zusammenspiel des Mittelzentrums:

- Sammlung und Bewertung von Möglichkeiten digitaler Technologie, wie z. B. App-gestützte Fahrdienste, Sammeltaxen oder Car Sharing
- Unterstützung von Bürgerbussen
- Teilnahme an EU-geförderten Pilotprojekten zum Thema Smart Mobility
- Einbindung von Senioren in solche Projekte, um Akzeptanz und Bedienbarkeit der neuen Technologien zu verbessern
- Verhandlungen des Mittelzentrums mit dem VHH zur Erhöhung der Busfrequenzen und zur Verbesserung der Querverbindungen in unsere Nachbargemeinden und nach Bergedorf
- Ausbau des innerstädtischen Radwegenetzes, Anbindung an die Steinfurther Allee und bessere Beleuchtung und Sicherheit
- Unterstützung der Pläne des e-Werks, die Ladestationen für Elektrofahrzeuge auszubauen
- Abbau bürokratischer Hürden für private Ladestationen / Wallboxen
- Die Zahl der Stellplätze muss erhöht werden. Auch Elektrofahrzeuge müssen abgestellt werden können. Außerdem wird sich zukünftig die Art der Fahrzeuge vervielfältigen (z. B. e-Roller,

Dreiräder für Senioren oder Lastenfahrräder). Dies muss quantitativ und qualitativ berücksichtigt werden.

- Prüfung der vorhandenen Bahnschienen, inwieweit sie für eine Nutzung im Nahverkehrsbereich tauglich sind – unter Berücksichtigung möglicher Folgewirkungen und Widerstände
- Auch Entlastungen sind wichtig: Wir unterstützen die parteiübergreifende Initiative für Tempo 30 auf dem Papendieker Redder.

2.2 Feuerwehr und Katastrophenschutz

In den letzten fünf Jahren fuhr die Freiwillige Feuerwehr Glinde pro Jahr zwischen 173 und 353 Einsätze. Den Kameradinnen und Kameraden gebührt hierfür großer Dank. Für die Sicherheit aller riskieren sie ihre Gesundheit. Ihren Arbeitgebern muss für Verständnis und Flexibilität gedankt werden. Diese große Einsatzbereitschaft durch Motivation und Ausrüstung aufrecht zu erhalten muss einhelliges und parteiübergreifendes Ziel von Politik und Verwaltung sein. Der Klimawandel und die Krisen und Kriege der jüngsten Zeit machen deutlich, dass die Bedeutung dieser kommunalen Basisaufgabe zukünftig eher wichtiger werden wird.

- Wir begrüßen, dass die Verwaltung Alarmpläne überarbeitet und die Rolle der Stadt im Katastrophenfall konzeptionell unterlegen will. Praktische Übungen, ggf. unter Einbeziehung von Schlüsselakteuren oder Bevölkerungsteilen, sollten hierbei berücksichtigt werden.
- Wir möchten seitens der Verwaltung klare Zuständigkeiten für die Betreuung von Liegenschaften und technischen Dienstleistungen. Ggf. ist Personalaufwuchs erforderlich.
- Die Feuerwehr soll weiterhin mit allem ausgerüstet werden, was zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist
- Darüber hinaus benötigen wir Maßnahmen für die Verbesserung der Kanalisation, Versickerungsflächen und gezielte Entsiegelung. Aufgrund der zu erwartenden Zunahme von Starkregenereignissen ist nicht davon auszugehen, dass (Ab-)Wassernetze und Versickerungsmöglichkeiten zukünftigen Anforderungen standhalten. Die Maßnahmen müssen von Fachleuten erarbeitet und dann gemeinsam mit dem Netzbetreiber umgesetzt werden.

2.3 Digitalisierung

Vor allem der Megatrend Digitalisierung macht deutlich, wie sehr neues Denken und neue Abläufe zukünftig erforderlich sein werden. Im Rahmen auch eines novellierten Onlinezugangsgesetzes sollen alle Verwaltungsleistungen online angeboten werden. Die entsprechenden Lösungen hierfür entwickeln in erster Linie die Länder. Schleswig-Holstein bietet den Kommunen bereits 50 Onlineleistungen an.

- Unsere Stadtverwaltung sollte die relevanten Dienste so schnell wie möglich einbinden und den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Gewerbe anbieten. Klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten seitens der Verwaltung sind bei hierbei besonders wichtig.
- Dies wird zur Änderung von Arbeitsabläufen führen. Hierauf sollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung schon jetzt mental eingestellt werden. Die medienbruchfreie Bearbeitung von Vorgängen vom Beginn bis zum Abschluss muss das Ziel sein.
- Auf dem Weg zu einer „Smart Town“ muss die Stadt mittelfristig zu einer eigenen Digitalen Agenda kommen – gerne auch mit dem Mittelzentrum oder dem Kreis.
- Wir unterstützen die weitere Digitalisierung der Schulen, z. B. die Ausstattung mit Smart Boards. Die pädagogischen Konzepte müssen aber ebenfalls mit angepasst werden. Die neuen Medien bieten auch inhaltlich neue pädagogische Möglichkeiten, was eine engere Zusammenarbeit zwischen Lehrkörper und der Stadt als Schulträger erfordert. Die Verwaltung muss hier zur kompetenten Unterstützerin der Schulen werden, sie muss ablauforganisatorisch und kulturell in eine Dienstleistungsrolle hineinwachsen. Mit der Besetzung von drei neuen Stellen sind wir hier auf

- einem guten Weg. Personal- und Finanzplanung müssen sich auf einen zukünftig weiter wachsenden Bedarf einstellen, was langfristige konsumtive Ausgaben in anderen Bereichen verbietet.
- Im Rahmen ihrer Minderheitsbeteiligung am e-Werk sollte die Stadt auf eine Beschleunigung des Glasfaserausbaus hinwirken.

3 Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz sind auch für Liberale wichtige Themen. Wenn sie richtig angepackt werden, erhöhen sie die Lebensqualität für die Menschen. Städtisches Grün trägt zur Erholung bei und ein städtischer Beitrag zum Klimaschutz ist nötig und möglich. Unerlässliche Voraussetzung ist aber, dass die Menschen vor Ort mitgenommen werden. Ansonsten wird auch Klimaschutz nicht nachhaltig sein. Wir begrüßen deshalb das städtische Klimaschutzkonzept, insbesondere

- Einrichtung von Photovoltaikdächern, wo es möglich ist
- Gezielte Begrünung auch der Innenstadt
- Schattenplätze zur Kühlung des sommerlichen Klimas
- Verbesserung der Fußwege
- Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas
- Zügige Umsetzung des Radwegekonzepts
- Energetische Sanierung des Schwimmbads der Tannenwegschule
- Erneuerbare Wärmeversorgung kommunaler Gebäude
- Intelligente und energiesparende Außenbeleuchtung
- Wir begrüßen Bemühungen, Fair-Trade-Ansätze in der Stadt zu verankern.
- Wir begrüßen die ehrenamtliche Initiative zur Reaktivierung des Ökologischen Erlebnispfades.

4 Bildung und Kultur

4.1 Schulen und Kitas

Die Stadt unterhält 6 Kinder- und Jugendeinrichtungen, 2 Grundschulen sowie 3 weiterführende Schulen und eine Förderschule. Die Schülerzahl ist im 5-Jahresrückblick um 5% gestiegen und liegt im aktuellen Schuljahr bei 2.803. Dieser Anstieg fällt insbesondere deshalb auf, weil die Zahl der Gesamtbevölkerung in dem Zeitraum etwa konstant blieb. Als Ursache erscheinen Migrationsgewinne. Für den Erklärungsversuch spricht auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im laufenden Schuljahr Deutsch als Zweitsprache (DAZ) lernen, es sind 134, also 4,8%.

Aufgrund der geopolitischen Situation ist damit zu rechnen, dass die Migrationsgewinne auch zukünftig steigen und damit erhöhte Herausforderungen an die Kapazitäten stellen werden. Das Thema Integration wird nicht nur für die Schulen, sondern für die Stadtgesellschaft insgesamt stark an Bedeutung gewinnen.

Bildung sollte einen bedeutsamen Stellenwert einnehmen! Sie ist die Voraussetzung für ein individuell gestaltetes Leben und für eine berufliche Zukunft. Einen besonderen Stellenwert hat die Bildung auch deshalb, weil sich die Erwerbsbiographien der Menschen verändern und keine starren Gebilde mehr sind. Kein Mensch kommt ohne individuelle Talente auf die Welt. Jedes Kind soll in seiner natürlichen Neugierde, seinem Interesse an den Dingen des Alltags und seiner Umwelt gestärkt werden. Ein Mensch, der gelernt hat seine Welt zu verstehen, wird darin auch seinen Weg finden und vor allem unabhängig von seinem familiären Hintergrund (Herkunft, Wohlstand, Bildungshintergrund der Eltern) die Chance

bekommen, seine Talente zu entwickeln. Aus diesem Grund sind die Kindertagesstätten Teil des Bildungssystems.

Viele Eltern beklagen nicht nur den baulichen Zustand der Schulen, sondern auch Unterrichtsausfall, mangelnde Einhaltung von Unterrichtszeiten oder die Ausstattung der Räumlichkeiten. Gewünscht werden auch Kooperationen zwischen den Schulen und der Wirtschaft. Eine weitere Idee in Bezug auf Kooperationen besteht darin, dass die weiterführenden Schulen so miteinander kooperieren, dass insbesondere die Schwelle von Klasse 10 zur gymnasialen Oberstufe (Klasse 11) nicht zur unüberwindlichen Hürde wird.

Wir unterstützen sämtliche Gebäudesanierungen und Ausbaumaßnahmen, wie z. B. die Sanierung der Biologieräume im Schulzentrum und den Bau der neuen Mensa der Grundschule Tannenweg. Darüber hinaus schlagen wir folgendes vor:

- Verbesserte Integration der Schulen in die Stadtgesellschaft durch systematischen Austausch und Koordination von Bildungsaktivitäten außerschulischer Akteure unter Beteiligung der Elternschaft (ggf. unterstützt durch eine Internetplattform)
- Vernetzung der Grundschulen mit den Kitas für einen verlässlichen Übergang
- Vernetzung der weiterführenden Schulen mit der lokalen Wirtschaft zur verbesserten Berufsvorbereitung und mit weiteren Bildungsträgern der Stadt für ein lebenslanges Lernen
- Verstärkte digitale Ausstattung zur Unterstützung von pädagogischen Konzepten (Medienentwicklungsplanung)
- Langfristige Planung zur Sanierung der Schulen in Glinde, damit man schon am äußeren Zustand erkennen kann, dass die lernenden Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von Bedeutung sind
- Ausbau der offenen Ganztagschule mit Nachmittagsbetreuung
- Bedarfsgerechter qualitativer und quantitativer Ausbau von Kindertagesstätten in vielfältiger Trägerschaft
- KiTa-Elternbeiträge ausgewogen gestalten: so niedrig wie möglich, aber Priorität hat die Bedarfsdeckung
- Anreize schaffen, damit Erzieherinnen und Erzieher geworben und der zunehmend anspruchsvollere Beruf weiter aufgewertet werden kann.
- Abgestimmte Vorgehensweise der Schulträger im Mittelzentrum
- Stärkung der Schulsozialarbeit zur Förderung präventiver Ansätze wie z. B. gegen Mobbing
- Verschönerung des Stadtbildes durch Kunst im öffentlichen Raum unter Beteiligung der Schulen

Mit dem Ansatz der Kooperation können unsere Schulzentren zu einem Knotenpunkt – eine Art Campus – für beste Bildung, Wissen und persönlicher Weiterentwicklung werden. In einer umfassenden Kooperation der Bildungs- und Kulturinstitutionen der Stadt sehen wir zugleich einen wertvollen Beitrag zum gelebten Gemeinsinn, zur persönlichen Entfaltung sowie zur Integration der verschiedenen Gruppen von Lernenden wie z. B. Menschen mit Migrationshintergrund oder Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen pädagogischen (Betreuungs-)Bedarf.

4.2 Ehrenamt

Unsere Stadt verfügt über ein breit gefächertes Angebot für Sport und Kultur. Meistens sind es Ehrenamtler, die die sportlichen und kulturellen Möglichkeiten anbieten. Sie leisten somit einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben. Obwohl die ehrenamtliche Arbeit durch steigende persönliche oder berufliche Beanspruchung erschwert wird, appellieren wir an die Bürgerinnen und Bürger, Eigeninitiative zu ergreifen und an der Gemeinwohlgestaltung aktiv mitzuwirken!

Für uns Freie Demokraten gilt aber auch der Grundsatz: Das Ehrenamt ist sinnvolle Ergänzung, nicht Ersatz für städtisches Handeln. Insbesondere der Turn- und Sportverein benötigt aktuell die Unterstützung der Stadt. Mit seinem breiten sportlichen Angebot leistet er nicht nur einen immens wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen Glindes, sondern er strahlt auch weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Aber er hat einen erheblichen Sanierungsbedarf bei Gebäuden und sportlichen Anlagen sowie finanzielle Schwierigkeiten. Außerdem reicht die Kapazität der Parkplätze schon länger nicht mehr aus.

- Wir wollen die Probleme des TSV lösen, ohne dass durch Kopplungsgeschäfte die Probleme für die Stadt insgesamt größer werden.
- Der TSV benötigt auf seinem von der Stadt angemieteten Grund einen rechtssicheren Bebauungsplan
- Die Stadt sollte Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung prüfen und gemeinsam mit der neuen Führung des TSV eine Taks-Force einrichten, die die weitere Planung in enger Abstimmung vornimmt

Wir unterstützen ehrenamtliche Initiativen zum Erhalt der Suck'schen Kate auf Spendenbasis. Einen Erwerb durch die Stadt und damit durch Steuermittel lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab. Es liegen weder Nutzungskonzept noch Kalkulation vor. Eine personelle Anbindung an die Verwaltung, die organisatorisch nötig wäre, ist ebenfalls nicht vorgesehen. Die Verantwortung für das verfallende Haus unter Denkmalschutz sollte belassen werden, wo sie ist: beim Eigentümer und beim Kreis als unter Denkmalschutz- und Aufsichtsbehörde. Ein Erhalt der Kate wäre wünschenswert, ist aber unter diesen Bedingungen nicht durch die Stadt leistbar.

4.3 Diskriminierungsfreie und weltoffene Kultur

Wir wollen ein menschliches Miteinander in unserer Stadt, in dem alle Menschen ihren individuellen Weg zum Glück gehen können, ohne diskriminierende Anfeindungen. Idealerweise begegnen wir uns mit gegenseitigem Respekt vor individuellen Situationen, Lebensentwürfen, Überzeugungen oder Glaubensvorstellungen. Die Grenze der Toleranz wird nur durch die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung gezogen.

Aus diesem Grund haben wir uns für das jährliche Hissen der Regenbogenflagge vor dem Bürgerhaus eingesetzt und sind dankbar, dass dem Anliegen nach intensiver Diskussion stattgegeben wurde. Die Flagge steht aber nicht nur für Respekt vor unterschiedlichen sexuellen Identitäten und Orientierungen. Sie steht auch für Respekt vor unterschiedlichen Hautfarben und kulturellen Herkünften. In diesem Sinne lehnen wir Bezeichnungen von Menschgruppen – insbesondere auf offiziellen städtischen Beschilderungen – ab, die von diesen selbst als diskriminierend empfunden werden! Darüber hinaus lehnen wir es aber ebenso ab, jede Person pauschal unter Rassismusverdacht zu stellen, die in solchen Fragen andere Lösungen vorschlägt!

Wir unterstützen den Gleichstellungsaktionsplan der Stadt, der insbesondere auf die tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter hinwirken soll.

Weltoffenheit ist ein wichtiges Element einer lebenswerten Kultur. Insbesondere betonen wir als Freie Demokraten unsere positive Haltung zu Europa. Unsere Städtepartnerschaften in Frankreich und Ungarn müssen wieder belebt werden. Gerade durch diese Städtepartnerschaften können die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ein geeintes Europa leben, erleben und lieben lernen.

Diese Weltoffenheit gilt aber auch für Menschen, die in der jüngeren Vergangenheit ihre Heimat verlassen mussten und Richtung Deutschland flohen. Von Menschen, die flüchteten oder vertrieben wurden, ist auch die Stadt Glinde betroffen. Auch in unserer Stadt leben Flüchtlinge. Wir setzen uns für ihre Integration in die lokale Gemeinschaft ein. Auf Bundesebene treten wir für ein Einwanderungsgesetz ein. Vor Ort unterstützen wir die Integration der Flüchtlinge, die in unserer Stadt leben. Das Erlernen der deutschen Sprache spielt dabei eine besondere Rolle. Die Stadt und die ihr verbundenen Institutionen leisten hier einen starken Beitrag für alle Altersgruppen.

5 Wohnen & Soziales

Die Einwohnerzahl Glandes stieg in den letzten fünf Jahren nur noch gering um 460 (2,5%) auf 18.711 Erstwohnsitze im Jahr 2012. Mit einer Bevölkerungsdichte von 1.668 Menschen pro qkm ist Glinde etwa doppelt so dicht besiedelt wie Oststeinbek (770/qkm) oder Reinbek (900/qkm) und mehr als dreimal so dicht wie Barsbüttel (523/qkm). Trotzdem kommt Glinde seiner Pflicht zur Bekämpfung von Wohnungsmangel in der Metropolregion nach. Die laufenden oder geplanten Bauvorhaben werden in den nächsten

Jahren mehr als 800 neue Wohnungen schaffen. Das von der Ampelregierung ausgegebene Ziel, 400.000 neue Wohnungen jährlich deutschlandweit zu schaffen, bedeutet für Glinde 100 neue Wohnungen jährlich. Dieser Pflicht haben wir also für die nächsten acht Jahre genüge getan. Damit ist für uns aber auch das Maximum erreicht!

- Nach § 31 Baugesetzbuch kann die Gemeinde Abweichungen vom Bebauungsplan zugunsten des Wohnungsbaus zulassen. Wir lehnen die Anwendung dieses Paragraphen für Glinde aus den o. g. Gründen ab!
- Über die bestehende Planung hinausgehende Neubauprojekte lehnen wir ab. Stattdessen sollte die Entwicklung der Stadtmitte Fokus und Priorität erhalten. Jedes Projekt bindet schließlich auch städtische Ressourcen.
- Die Wohnattraktivität für junge Familien muss erhalten und gesteigert werden, damit die Altersstruktur nicht zu einseitig wird. Hierbei spielen Schul- und Kitakapazitäten eine besondere Rolle.
- Zur Stärkung der Mittelschicht muss auch Wohneigentum zum Erwerb angeboten werden.
- Das gesamte städtische Leben muss in Richtung Barrierefreiheit weiterentwickelt werden.
- Die Qualität von Naherholung und Einkaufserlebnis muss erhalten und gesteigert werden.
- Der Bedarf an seniorenrechtlichen Wohnungen muss verstärkt berücksichtigt werden. Dies verbessert die Durchlässigkeit des Gliner Wohnungsmarktes und ermöglicht so weiteren jungen Familien, hier ihren Lebensmittelpunkt zu haben bzw. hierhin zu verlegen.

Gesellschaftliche oder biographische Entwicklungen können schwierige Lebenslagen entstehen lassen, wie z. B. Einsamkeit im Alter, Pflegebedürftigkeit, Immobilität. Auch die Bezahlbarkeit der Wohnung oder gar ihre Existenz können auf dem Spiel stehen oder ihr Zuschnitt passt nicht mehr zu den Anforderungen. So vielfältig diese Lebenslagen sind, so flexibel und zielgenau muss die Unterstützung sein.

Eine einseitige Berücksichtigung des herkömmlichen sozialen Wohnungsbaus passt nicht mehr dazu. Das System läuft sich regelmäßig tot, wenn keine weiteren Neubauprojekte mehr gestartet werden können. So ist die Sozialbindung der meisten Gliner Wohnungen mittlerweile ausgelaufen. Aber etwa 300 Glinerinnen und Gliner haben ihren Bedarf an einer bezahlbaren Sozialwohnung angemeldet. Rein quantitativ und perspektivisch kann dieser Bedarf durch die geplanten 800 Wohnungen mit der beschlossenen Sozialquote von 30% ausreichend gedeckt werden. Da der Bau aber ein paar Jahre dauern wird, hilft es den meisten kurzfristig nicht. Es hilft auch denen nicht, die nach Verteilung der Sozialwohnungen in diesen Bedarf hineingeraten. Und die Sozialbindung wird wieder auslaufen. Auch weil der herkömmliche soziale Wohnungsbau mit Quersubventionierungen zwischen Mietverhältnissen finanziert wird, müssen wir neue Wege gehen, z. B.

- Ankauf von Belegungsrechten durch die Stadt
- Erwerb von Bestandswohnungen durch die Stadt
- Direkte Mietzuschüsse durch ein kommunales Wohngeld
- Aufbau eines direkten Austauschnetzwerks zu lokalem Wohnangebot und -nachfrage unter Beteiligung der ansässigen Makler

Auch eine städtische Wohnungsgesellschaft könnte ein solcher neuer Weg sein, gerade auch, weil sich ein solches Vorhaben potentiell selbst finanziert. Allerdings ist die Stadt kein Unternehmen und für dieses Tätigkeitsfeld sind weder Kompetenzen noch Kapazitäten vorhanden. Auch in einer Partnerschaft mit einer regional ansässigen Genossenschaft oder Gesellschaft müsste diese Kompetenz aufgebaut oder eingekauft werden. Wir empfehlen daher, klein anzufangen und Erfahrungen zu sammeln.

Um die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin (z. B. für Erzieher und Erzieherinnen oder für Technikerinnen und Techniker) zu steigern und um den Bedarf nach Sozialwohnungen für Glinerinnen und Gliner zu decken, sollte die Stadt schrittweise Wohnungen erwerben und an die Zielgruppen günstig aber profitabel vermieten.

6 Finanzen und Verwaltung

Die Steuereinnahmen der Stadt Glinde belaufen sich auf etwa 30 Mio € jährlich. Sie sind damit in den letzten fünf Jahren um ca. 5 Mio € gestiegen. Bis 2026 wird mit einer ähnlichen Steigerung gerechnet, das sind ca. 3,4% pro Jahr. Die Haupteinnahmequellen sind zusammen mit ca. 23 Mio € die Gewerbesteuer und der Einkommensteueranteil (beide zu etwa gleichen Teilen). Die beiden Steuern tragen auch den Großteil zur Einnahmensteigerung bei. Ohne Zweifel ist dies auf eine gute konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen, die aber nicht als selbstverständlich betrachtet werden darf!

Zu diesen Einnahmen addieren sich 2023 noch einmal ca. 22 Mio € aus Zuweisungen, Gebühren und Kostenerstattungen sowie Kostenumlagen für z. B. Lehrkräfte, so dass insgesamt 52,3 Mio € auf der geplanten Einnahmenseite stehen. Dem stehen geplante Ausgaben in Höhe von 58,1 Mio € gegenüber. Sie bestehen hauptsächlich aus Personalaufwendungen und aus Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Demzufolge beträgt das für 2023 geplante Defizit 5,8 Mio €. Damit wächst der Schuldenstand Glinde auf ca. 10 Mio €, das sind 534,- € pro Kopf.

2023 möchte Glinde für ca. 10,2 Mio € investieren. Das meiste davon dient der Sanierung oder Erweiterung von schulischen Gebäuden oder Anlagen und ist seit Jahren überfällig. Deshalb erschien es uns auch als ein Gebot der Vernunft, diesen Vorhaben zuzustimmen. Bis 2026 sind bereits weitere knapp 8 Mio € Investitionen in der mittleren Finanzplanung, die aber noch nicht alle wichtigen Maßnahmen erfasst.

Aus dieser Gesamtsituation leiten wir folgendes ab:

- Die Ausgabenpolitik muss sich in den nächsten Jahren disziplinieren und fokussieren. Die Priorität sollte darauf liegen, die vorhandene Infrastruktur zu sanieren und auszubauen, statt weitere konsumtive Ausgaben zu tätigen.
- Es müssen Modelle entwickelt werden, die es für Private attraktiv machen, sich an städtischen Investitionen zu beteiligen.
- Das Einnahmenvolumen der Gewerbesteuer sollte durch die Ansiedlung von mehr Gewerbe erhöht werden. Hierfür bietet die Fläche nordöstlich des TSV-Geländes Potential.
- Ein Heranziehen der neuen Grundsteuer zur Finanzierung der Lücken lehnen wir ab! Sie muss aufkommensneutral gestaltet werden. Härtefälle sind weitmöglichst zu vermeiden.

Die Stadtverwaltung soll transparent und bürgerfreundlich sein und sich als Dienstleister verstehen. Bürgerinnen und Bürger sollen das Gefühl erhalten, dass ihre berechtigten Anliegen ernst genommen werden.

- Wir wünschen uns ein schnelleres Tempo der Verwaltung bei Vorgängen und Vorhaben. Friedhofskonzept, Fahrradkonzept, Lärmschutz K80, Lärmaktionsplan, Suck'sche Kate, neue Wohngebiete sind nur ein paar Beispiele für Dinge, die aus Bürgersicht nicht vorankommen. Zügige Bearbeitung schont Zeit und Nerven aller Beteiligten, ist wirtschaftlicher und motiviert mehr Bürger, die Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen und sich für ihre Stadt einzusetzen.
- Die Stadtverwaltung muss besser und zeitnah mit Bürgern kommunizieren und über Projekte informieren. Es häufen sich die Klagen über angekündigte, aber nicht durchgeführte Termine oder über das Nichtbeantworten von Anfragen. Das bestellte Dokumentenmanagementsystem sollte für die offene Bürgerkommunikation konfiguriert werden.
- In regelmäßigen Abständen sollte es eine (Online-)Umfrage geben, die die Zufriedenheit mit den Fachbereichen abfragt. Je nach Ergebnis werden daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet.
- Bebauungspläne müssen entrümpelt und modernisiert werden. Der Abbau von bürokratischen Hürden und nicht mehr aktuellen Vorschriften würde Bauanträge vereinfachen und beschleunigen. Sondergenehmigungen würden auf weniger Fälle beschränkt. Beispiel: lt. B-Plan 25 sind nur Gasheizungen erlaubt. Das war in den 1970er Jahren mal modern, ist jetzt aber nicht mehr zeitgemäß. Auch spielt es in vielen Fällen keine Rolle, in welchem Material oder Farbe Fassade oder Dacheindeckung ausgeführt werden oder wie die Dachneigung sein soll.